

# Bewährte Maßnahme

**Mit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes am 1. Mai 1997 hat Österreich europaweit eine Vorreiterrolle eingenommen: Nicht das Opfer häuslicher Gewalt, sondern der Täter muss das Haus verlassen.**

In den vergangenen zehn Jahren sind Polizisten in Österreich 100.000-mal bei Gewalt in der Familie eingeschritten, 40.000-mal ist ein Betretungsverbot ausgesprochen worden“, zog Innenminister Günther Platter Bilanz am 2. Mai 2007 in Wien bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Justizministerin Maria Berger, Frauenministerin Doris Bures und Sozialminister Erwin Buchinger.

„Eine von vier in Europa lebenden Frauen ist von Gewalt

durch den Partner oder Ex-Partner betroffen. Jede siebente Frau wird Opfer einer Vergewaltigung oder sexuellen Nötigung. Haupttatort ist die eigene Wohnung“, sagte Platter. Der Innenminister forderte mehr Bewusstseinsbildung. „Gewalt geht alle an. Jeder muss helfen. Hinschauen, nicht wegschauen lautet die Devise.“

Im Jahr 2001 wurden knapp 5.000 Menschen von den insgesamt neun Interventionsstellen in ganz Österreich betreut, im Jahr 2006 waren es bereits 10.500. Im Jahr 1997 wurden von der Polizei 1.365 Wegweisungen bzw. Rückkehrverbote ausgesprochen, 2006 waren es 7.235 Fälle. 90 Prozent der Opfer sind Frauen.

**Eine eklatante Steigerung** gab es in der Bundeshauptstadt Wien. 1997, dem Jahr des Inkrafttretens des Gewaltschutzgesetzes, wurden 165 Wegweisungen und 193 Betretungsverbote verhängt. 2006 sprach die Wiener Polizei 2.322 Wegweisungen aus und verhängte 3.124 Betretungsverbote. Ein Drittel aller bisher in Österreich ausgesprochenen Betretungsverbote wurde in Wien verhängt. Wiens Polizeipräsident Dr. Peter Stiedl führte den Anstieg auf die größere Bereitschaft der Betroffenen zurück, Anzeige zu erstatten. In 95 Prozent der Fälle geht die Gefahr von



**Bilanz „Zehn Jahre Gewaltschutzgesetz“: Pressekonferenz der vier Bundesminister Erwin Buchinger, Doris Bures, Maria Berger und Günther Platter.**

Männern aus. Etwa die Hälfte der Aggressoren sind Ehemänner, zu einem Viertel sind es Lebensgefährten, zu rund 15 Prozent Ex-Männer oder Ex-Freunde. Die Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie wird binnen 24 Stunden über jeden Fall informiert; sind Kinder betroffen, auch das Jugendamt.

„Die anfänglichen Bedenken, dass das Einschreiten der Polizei gegen Gewalt erst recht Gewalt hervorrufen könnte, auch gegen die Beamten, haben sich nicht bewahrheitet“, berichtete Mag. Gerald Max von der Bundespolizeidirektion (BPD) Wien. Dass gefährliche Drohung in der Familie seit vergangem Jahr kein Ermächtigungsdelikt mehr ist, sei eine wichtige Änderung gewesen. Seither kann die Polizei auch ohne die Aufforderung durch womöglich unter Druck gesetzte Opfer handeln. Um Betroffene sowie Verwandte und Nachbarn über die rechtlichen Möglichkeiten zu informieren, sollen ab Herbst Informationsveranstaltungen in Wien abgehalten werden.

„Wenn sich eine Migrantin an die Polizei wendet und sagt: Mein Mann streitet schon wieder, dann kann daraus eine Morddrohung im Hintergrund stehen“, erklärte Mag. Peter Goldgruber von der BPD Wien. „Der Ausdruck streiten allein scheint harmlos, aber al-

lein die Tatsache, dass sich die Frau an die Polizei wendet, muss alle Alarmglocken läuten lassen“, betonte Goldgruber.

Was Migrantinnen offenbar daran hindert, sich in Sachen Gewaltschutz an die Polizei zu wenden, ist neben mangelnder Kenntnisse von Sprache und Hilfsmöglichkeiten die Tatsache, dass ihr Aufenthaltsrecht oft an das den Ehemanns gebunden ist. „Eine Frau, die von Gewalt betroffen ist, kann eine eigene Niederlassungsbewilli-

gung bekommen. Sie muss aber über mindestens 690 Euro Monatseinkommen verfügen und über eine ortsübliche Unterkunft. Das sind Hürden. Außerdem ist eine solche Bewilligung auf ein Jahr befristet. Das schwebt dann wie in Damoklesschwert über den Betroffenen“, erklärte Rosa Logar von der Wiener Interventionstelle gegen Gewalt in der Familie.

In Wien kümmern sich die Sicherheitsreferenten der Polizeikommissariate um Gewalt in der Familie, indem sie nach dem Ersteinschreiten durch Uniformierte jeden Fall noch einmal durchgehen, Aussagen hinterfragen und Zeugen einvernehmen. Jeder Fall muss binnen 48 Stunden einer Opferschutzeinrichtung gemeldet werden, die von sich aus Kontakt mit den betroffenen Frauen aufnimmt.

Schreitet die Polizei bei Gewalt in der Familie ein, hat sie die Möglichkeit, den prügeln Mann – sei es der Ehemann, Lebensgefährte oder Vater – aus der Wohnung zu weisen und ein auf zehn Tage befristetes Rückkehrverbot auszusprechen, das auf Antrag beim Bezirksgericht auf 20 Tage verlängert werden kann. Innerhalb der Frist kann das Opfer bei Gericht eine einstweilige Verfügung beantragen, durch die der Schutz auf drei Monate ausgedehnt wird. Bei einem Schei-

dungsverfahren verlängert sich der Schutz bis zu dessen Ende.

**Verbesserter Opferschutz.** „Mit dem Gesetz hat Österreich gute Arbeit geleistet, aber es gibt immer noch Verbesserungsbedarf“, sagte Innenminister Platter. Seit 1. Juli 2007 gibt es eine Koordinationsstelle für Opferhilfe, die vom *Weissen Ring* geführt wird. Über eine gebührenfreie Hotline (Tel. 0800-112-112) erhalten Opfer familiärer Gewalt rund um die Uhr juristische und psychosoziale Betreuung, vor allem in ländlichen Gegenden, wo Hilfseinrichtungen schwer erreichbar sind.

Justizministerin Berger kündigte die Schaffung eines neuen Straftatbestands an, der auf die Gesamtheit einer andauernden Gewaltbeziehung abzielt, so dass nicht die einzelnen Straftatbestände wie Nötigung, Körperverletzung, Drohung oder Ähnliches jeweils gesondert erfasst werden.

„Wir wollen mit dem neuen Straftatbestand die Realität lang anhaltender Gewaltbeziehungen besser abdecken“, erläuterte Berger. Es ist dabei an einen Strafraum von sechs Monaten bis zu fünf Jahren gedacht. Das „Anti-Stalking“-Gesetz, das am 1. Juli



**Interventionsstellen gegen Gewalt: Wichtige Partner der Polizei.**

2006 in Kraft getreten ist, soll evaluiert und möglicherweise verbessert werden. Die einstweilige Verfügung zum Schutz vor Gewalt in der Familie soll von derzeit drei Monaten auf sechs Monate ausgedehnt werden können, um dem Opfer genügend Zeit zum Ausstieg aus der Gewaltbeziehung zu lassen. Auch für Migrantinnen, die im Zuge des Familiennachzugs nach Österreich kommen und Opfer familiärer Gewalt werden, soll die Situation verbessert werden. Sie haben derzeit während der ersten fünf Jahre kein eigenes Aufenthaltsrecht, es sei denn, das Familiengericht spricht eine einstweilige Verfügung aus.

Frauenministerin Bures verwies auf die höhere Sensibilisierung und die damit verbundene Zunahme der Anzeigen, deshalb müsse mit dem Hilfsangebot nachgezogen werden. Das bedeutet eine Erhöhung des Budgets der Gewaltschutzzentren um 60 Prozent; und die rund um die Uhr besetzte „Frauenhelpline gegen Männergewalt“ (0800/222 555) soll künftig stärker beworben werden.

Sozialminister Buchinger erklärte, dass bezüglich der Gewalt gegen ältere und behinderte Menschen eine Untersuchung geplant sei, anhand deren Ergebnisse man gezielte Hilfs- und Präventionsmaßnahmen setzen wolle.

Das österreichische Gewaltschutzgesetz hat Vorbildwirkung. Andere Länder sind dem Beispiel Österreichs gefolgt. Ein Gewaltschutzgesetz gibt es mittlerweile in Italien, Luxemburg, mehreren Schweizer Kantonen, Tschechien, Deutschland, den Niederlanden, Schweden und Finnland.

Die Interventionsstellen gegen Gewalt sind zu einem wichtigen Partner der Polizei geworden. Die Exekutive verständigt nach jeder Wegweisung und jedem Betretungsverbot die Interventionsstelle, die den Opfern hilft.

FOTO: SIEGRIED POSRSCHIL



## Unsere Kompetenz...



**Atemschutz**



**Schlagschutz- und ballistische Helme**



**Wärmebildkamera mit Videoaufzeichnung**



**Gehörschutz - passiv oder elektronisch verstärkt**



**Gasmess- und Gaswarngeräte**



**Arbeitschutzbrillen**

## ...für Ihre Sicherheit!

**MSA AUER Austria**  
Vertriebs GmbH

e-mail: [msa-austria@auer.de](mailto:msa-austria@auer.de)

**Absberger Strasse 9**  
3462 Absdorf

[www.msa-auer.at](http://www.msa-auer.at)

**Tel.: 022 78 / 31 11**  
**Fax: 022 78 / 31 11 - 2**

[www.tubes.de](http://www.tubes.de)